

PERSÖNLICH



Den Mehrwert an die AHV

In der letzten Landtagssitzung war erwartungsgemäss die Erhöhung der Mehrwertsteuer um ein Prozent unumstritten. Erstaunlich aber war, dass fast einhellig die Meinung vorherrschte, dass der Ertrag (fast 20 Mio. Franken) vom Staat nicht gebraucht wird. Die Auseinandersetzung konzentrierte sich somit darauf, was mit dem Ertrag geschehen sollte. Dabei unterschieden nur wenige zwischen Konsum, Investition und Reservenbildung. Für die meisten, auch für die Regierung, stand die Vorliebe für Konsumausgaben halt doch im Vordergrund.

Denkt man finanzpolitisch und zukunftsorientiert, kommt aber nur Reservenbildung in Frage. Solange die Mechanismen der staatlichen Vermögensverwaltung noch nicht feststehen (Erschwerung der Entnahme), besteht allseits ein unüberhörbarer Aberwille, die nicht benötigten Einnahmen dem Staatsvermögen zuzuordnen. Es liegt somit nahe, analog zum MWSt-Partner Schweiz, das Geld dem AHV-Fonds zukommen zu lassen.

Der Seniorenbund hat der Regierung ähnliche Vorschläge schon unterbreitet. Mit dem Hinweis auf die prallvolle Kasse der AHV und auf die guten Zukunftsaussichten wurde aber die Zuweisung der überschüssigen Mehrwertsteuer an den AHV-Fonds abgelehnt.

Es stimmt, dass der Fonds derzeit mehr als das Zehnfache einer Jahresrente-Auszahlung ausmacht. Es gibt Gutachten über die Zukunftsentwicklung des Fonds im Hinblick auf die Alterung der Bevölkerung –

analog zur Schweiz – und im Hinblick auf die extrem hohe Zahl der Berechtigten in der Zukunft. Schon dabei würde der Fonds bald einmal auf die Hälfte schmelzen. Was aber bisher überhaupt nicht zur Diskussion stand, war die fast sichere Änderung unserer Wirtschaftsstruktur im kommenden Jahrzehnt. Die extrem

«Solange die Mechanismen der staatlichen Vermögensverwaltung noch nicht feststehen, besteht allseits ein unüberhörbarer Aberwille, die nicht benötigten Einnahmen dem Staatsvermögen zuzuordnen.»

hohe Zahl der Grenzgänger steht im Gegensatz zu jeder Wirtschaftsprognose im Zeichen der wirtschaftlichen Integration. Auf die Dauer werden nicht 7'000 Arbeitnehmer aus der Grenzzone täglich zu uns pendeln. Sobald aber die Zahl der Arbeitsplätze weit unter 20'000 sinkt – die auch schon geäusserte Hypothese einer baldigen Erhöhung der Einwohnerzahl auf 40'000 lassen wir unberücksichtigt – wird das Verhältnis AHV-Rentner zu AHV-Beitragszahlern für den AHV-Fonds schwer defizitär, zu Lasten des Steuerzahlers.

Obiges ist bei weitem noch kein

Horror-Szenario. Innerhalb der OECD (alle westlichen Industriestaaten sowie Japan) sind schon seit langem Bestrebungen im Gange, die «Tax Havens» oder «Steuerparadiese» in den Griff zu bekommen. Das neueste Schlagwort ist «harmful tax competition». Dass wir in eine solche Kategorie eingereiht würden, muss man annehmen. Das Liechtenstein des Jahres 2010 wird ganz anders aussehen als das Liechtenstein des Jahres 2000, das wir demnächst an der Weltausstellung in Hannover zu präsentieren gedenken.

AHV-Schulden sind am Ende der Schulden der Gemeinschaft an die Alten. Die Anwartschaften, für Inländer wie für Ausländer, dauern mehrere Jahrzehnte. Sie müssen bezahlt werden, auch wenn es uns einmal weniger gut geht. Wieviel wir wirklich einmal brauchen, weiss aber heute niemand. Viel mehr, als wir bisher annahmen, ist es allemal. Beginnen wir also mit der Vorsorge doch gleich.

Dr. Alfred Hilbe, Schaan